



**Stadt Backnang  
Sitzungsvorlage**

**N r .            208/09/GR**

<b>Federführendes Amt</b>	Amt für Familie, Jugend und Bildung		
<b>Behandlung</b>	<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
zur Vorberatung	Jugend- und Sozialausschuss	26.11.2009	öffentlich
zur Beschlussfassung	Gemeinderat	03.12.2009	öffentlich

**Fortführung der aufsuchenden Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes**

**Beschlussvorschlag:**

Das Projekt „Aufsuchende Arbeit des ASD“ wird mit konzeptionellen Veränderungen bis auf Weiteres mit einem Stellenumfang von 50% fortgeführt.

<b>Haushaltsrechtliche Deckung</b>	<b>HHSt.:</b>		
Haushaltsansatz:		EUR	EUR
Haushaltsrest:		EUR	EUR
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:		EUR	EUR
Für Vergaben zur Verfügung:		EUR	EUR
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):		EUR	EUR
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:		EUR	EUR

<b>Amtsleiter:</b>	<b>Sichtvermerke:</b>					
	I	II	10	20	60	61
19.11.2009 Datum/Unterschrift	Kurzzeichen Datum					

**Begründung:**

Die angespannte Situation mit Gruppen von aggressiven Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Innenstadt ab dem Jahr 200 hat den Gemeinderat 2007 dazu bewogen, sich für die Durchführung des Projekts aufsuchender Arbeit mit Gruppen im öffentlichen Raum zu entscheiden. Hierfür wurde ein zusätzlicher Stellenumfang von 50% im ASD gewährt. Das Projekt war auf drei Personengruppen ausgerichtet:

- **Gruppen junger Erwachsener im öffentlichen Raum**
- **Jugendliche Spätaussiedler**
- **Personen in psychosozialen Problemlagen**

**zu 1: Gruppen junger Erwachsener im öffentlichen Raum**

Insbesondere am Rotgerberweg haben sich ab dem Jahr 2005 sehr große Gruppen junger Erwachsener mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen eingefunden. Dies führte wiederholt zu massiven Problemen mit Passanten und Anwohnern. Ein verstärktes repressives Vorgehen von Polizei und Vollzugsdienst führte zu einer vorübergehenden Verbesserung der Situation.

Im Projekt wurde in Zusammenarbeit mit den Fachdiensten der freien Träger ein Netzwerk gebildet, damit Absprachen zu einzelnen Gruppen getroffen werden konnten. Der ASD stellte außerdem das Bindeglied zwischen dem Vollzugsdienst des Rechts- und Ordnungsamtes und den Mitarbeitern der sozialen Dienste dar.

**zu 2: Jugendliche Spätaussiedler**

Entgegen der seit Jahren abnehmenden statistischen Zahlen werden jugendliche Spätaussiedler in der Öffentlichkeit bewusster als andere Gruppierungen mit Migrationshintergrund wahrgenommen. Um einen notwendigen Unterstützungsbedarf besser erkennen und diesen anbieten zu können wurde eine Fokussierung und Verzahnung der Angebote des Jugendhauses, der freien Träger und der aufsuchenden Arbeit auf die Gruppe der Spätaussiedler vereinbart.

**zu 3: Personen in psychosozialen Problemlagen**

Die städtischen Obdachlosenunterkünfte werden von unterschiedlichstem Klientel bewohnt. Durch das Zusammentreffen verschiedenster Problemlagen wie Sucht, Arbeitslosigkeit, Wohnungsproblematiken, Krankheit usw. ist es vielen Bewohnern nicht mehr möglich, selbst bestimmt ihr Leben zu gestalten. Zusätzlich ergibt sich durch dieses Zusammentreffen auch ein Synergieeffekt negativster Ausprägung.

Vielfach durchmischt sich die Szene der Obdachlosen mit den Wohnsitzlosen, weshalb sich im Stadtbild nicht gewünschte „Vorbilder“ für Jugendliche und junge Erwachsene aufzeigen.

Im Projekt wurden einerseits die Bewohner motiviert eigenen Wohnraum zu beziehen sowie andererseits Bürger vor dem Verlust von bestehendem Wohnraum zu bewahren.

**Durchführung**

Begonnen wurde das Projekt im Frühjahr 2008. Begleitet durch Fortbildungen sowie Supervision wurde mit Hilfe der freien Träger, der Polizei und des Rechts- und Ordnungsamtes das angestrebte Netzwerk aufgebaut und Erwartungen, Grenzen und Möglichkeiten des Projekts gemeinsam mit allen Beteiligten festgesteckt (siehe Zwischenbericht im JSA vom April 2009).

Weiter wurden die bekannten Treffpunkte in der Kernstadt regelmäßig aufgesucht sowie eine feste Sprechzeit in den Obdachlosenunterkünften eingerichtet. Erste Kontakte mit dem Klientel wurden so aufgebaut; es fanden in 2008 insgesamt 96 Beratungen im Rahmen der Straßensozialarbeit statt.

Im Laufe des Jahres 2008 stellte sich heraus, dass der Bedarf im Bereich der jugendlichen Spätaussiedler deutlich geringer als zuvor war. In Absprache mit dem Jugendmigrationsdienst wurde die Aufsuchende Arbeit mit dieser Zielgruppe zwar im Rahmen der Straßensozialarbeit durch den ASD im Fokus behalten, konkrete Maßnahmen wurden in der Folge durch die Mobile Jugendarbeit ergriffen.

Ebenso beruhigte sich die Situation am Rotgerberweg durch gemeinsame Anstrengungen des Rechts- und Ordnungsamts, der Polizei und der freien Träger im Rahmen des Netzwerkes deutlich. So konnte von der regelmäßigen aufsuchenden Arbeit des ASD zu einer bedarfsorientierten Kontaktaufnahme übergegangen werden. Gleichzeitig wurde durch das Kreisjugendamt und die Mobile Jugendarbeit die Vermittlung von 8 Mädchen aus den Gruppen in Maßnahmen der Jugendhilfe ermöglicht.

Durch die hier freiwerdenden Ressourcen in den beiden Bereichen wurde die Arbeit mit Menschen in psychosozialen Problemlagen, insbesondere in den Obdachlosenunterkünften, intensiviert. Trotz neuer Bewohner konnte so die Auslastung in den Unterkünften konstant gehalten werden.

### **Zusammenfassung**

Die im Projekt bearbeiteten Schwerpunkte zeigen deutlich den Bedarf an Unterstützung für die Zielgruppen der Obdach- bzw. Wohnsitzlosen. Ebenso hat sich die Situation mit Gruppen Jugendlicher und junger Erwachsener beruhigt. Durch die flexible Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte konnte nun eine verstärkte Unterstützung für Menschen in psychosozialen Problemlagen gewährleistet werden. Diese Menschen benötigen auch weiterhin Beratung und Hilfe beim Erhalt des vorhandenen oder der Erlangung eigenen Wohnraums.

Weiter wird im Jahr 2010 die Folgeunterbringung von Asylbewerbern eine weitere Zielgruppe in den Blick des ASD kommen.

Die Verwaltung empfiehlt darum die Einrichtung einer unbefristeten Stelle mit Umfang von 50% im ASD mit den bisherigen Aufgabenschwerpunkten sowie der Möglichkeit, flexibel auf die auftretenden Problemlagen reagieren zu können.

### **Kostenplan:**

Personalkosten:	25.568,61 €	Jahresgehalt Arbeitgebereaufwand
Sachkosten:	1.500,00 €	Fortbildungs- und Supervisionsbedarf
Verwaltungskosten allg.:	1.360,00 €	Pauschal